



Nr. 38. Amts- und Anzeigblatt für den Oberamtsbezirk Calw. 97. Jahrgang
Erscheinungsort: Calw, wöchentlich. Anzeigenpreis: Die dreimonatige Seite Nr. 1. -
Rothsch. Nr. 3. - Auf Samstagsnummern kommt ein Zuschlag von 100%. - Nummer 3.
Wittwoch, den 15. Februar 1922.
Verleger: In der Stadt mit Lehrentsch. Nr. 24 - vierteljährlich. Verlags-
preis Nr. 24 - mit 20. - Calw, Nr. 10. - Calw, Nr. 10. - Calw, Nr. 10.

Neueste Nachrichten.

Die Krisis in der Reichsregierung scheint zu einer gewissen Klärung führen zu wollen. Obwohl natürlich nichts Bestimmtes über den heute zur Abstimmung gelangenden Antrag auf eine Vertrauens- und Kundgebung verlautet, geht aus den gestrigen Verhandlungen doch hervor, daß sowohl die deutsche Volkspartei wie die Unabhängigen anscheinend einen grundsätzlichen Regierungswechsel doch nicht unter allen Umständen wünschen.

Der Kernpunkt des Finanzproblems.

Von Dr. Hermann Paschke, Mitglied des Reichstags.
Der Haushaltsplan des Deutschen Reiches weist in seinem ordentlich, durch laufende Einnahmen zu deckenden Teil einen Ueberschuß von 16,5 Milliarden, in seinem außerordentlichen, durch Anleihe zu beschaffenden Teil eine Ausgabe von 185 Milliarden Mark auf. Die Hauptziffer, welche im außerordentlichen Etat den Fehlbetrag verursacht, beruht auf den Reparationskosten und beträgt 171 Milliarden Mark. Diese Summe ist auf Grund des Vertrages von Versailles errechnet, schließt also die 2 Milliarden Goldmark, die wir jährlich zahlen sollten, und die 26-prozentige Ausfuhrabgabe in sich. Sollte uns eine Verminderung der Auflage für das Jahr 1922, wie sie in Cannes gedacht war, zugestanden werden, so blieben immer noch 97,5 Milliarden Mark übrig, für welche es nur eine Dedung durch die Notenpresse gäbe. Aus diese Summe kommt es an; von ihrer Ermäßigung, Erhöhung oder Stundung hängt die Ordnung unserer Finanzen ab.

Wollen England und Amerika uns also wirklich helfen, so haben sie bei Frankreich darauf zu dringen, daß dieser Ausgabeposten sich wesentlich verringert. Es müssen sowohl die Belegungs- wie die Reparationskosten auf ein noch erträgliches Maß herabgesetzt und so verteilt werden, daß wir in einer Uebergangszeit wieder Kräfte sammeln können. Allein die Belegungskosten betragen 6,7 Milliarden Mark. Wie hoch sich die Ausgaben für Reparationen stellen, darüber hat die Reparationskommission oder der Oberste Rat demnächst zu entscheiden. In unserem Reformplan ist dargelegt, daß wir auch bei höchster Anspannung unserer Leistungsfähigkeit erheblichere Beiträge nicht aufbringen können. Wir belasten unseren Besitz durch die Einkommensteuer, die Vermögenssteuer, die Vermögenszuwachssteuer, durch das Kapitalertragsgesetz, die Börsensteuer usw. bis zu einer Grenze, die nicht mehr überschritten werden kann. Wir entziehen damit den Einzelunternehmungen und den Erwerbsgesellschaften einen Teil ihres Betriebskapitals, engen also die Produktionsbasis empfindlich ein. Ebenso wird der Verbrauch durch enorme Zölle und durch Abgaben anderer Art getroffen, und zwar so stark, daß die hierdurch herbeigeführten Preissteigerungen eine förmliche Gärung in allen Teilen des Landes erzeugen. Die von den Gegnern geforderte Gleichheit der Verbrauchsbelastung in Deutschland und in den Auslandsstaaten ist nicht nur erreicht, sondern unsererseits bereits übertroffen. Daß die Besteuerung des Besitzes nicht weiter gesteigert werden kann, hat die Brüsseler Konferenz ausdrücklich anerkannt.

Direkte wie indirekte Steuern werden abgewälzt. Sie finden ihren Ausdruck in den Preisen und durch diese in den Löhnen und Gehältern. Steigende Preise aber und steigende Löhne und Gehälter fallen nicht nur den privaten Verbrauchern, sondern zugleich den Staaten zur Last; sie bedeuten eine Mehrausgabe für den Fiskus von Milliarden. Die Forderungen, welche die Beamenschaft kurz nach der letzten Gehaltserhöhung einreichte, hätten nicht weniger als 50-60 Milliarden Mark für das Reich, die Länder und Gemeinden betragen. Erste Streibewegungen sind dadurch entstanden. Die wirtschaftliche Entwicklung, der soziale Friede wurden aufs schwerste getroffen. Die Regierung befindet sich in Kampfesstellung zu dem rohdigitalen Teil der Beamenschaft und muß die ernstesten Warnungen gegen sie richten. Das alles haben die Alliierten durch die Ueberspannung ihrer Ansprüche, durch die Rückständigkeit ihres Auftretens angerichtet. Wie von einem Fieber wird das deutsche Volk geschüttelt, nur weil seine Gegner nicht zur Einsicht kommen.

Trotz allem haben sich Reichsregierung und Reichstag entschlossen, dem Wirtschaftskörper eine weitere Blutentziehung zuzumuten. Eine Zwangsanleihe soll umgelegt werden im Gesamtbetrag von einer Milliarde Goldmark. Bemessungsgrundlage wird zunächst das Reichsnotopfer bilden, also diejenige Veranlagung des Vermögens, die an den 31. Dezember 1919 anknüpfte. Die Unbilligkeit, die darin liegt, daß die nach diesem Zeitpunkt entstandenen Vermögen einseitigen unberührt bleiben, mußte in den Kauf genommen werden, damit die nötigen Summen so bald wie irgend möglich flüssig würden. Nachher, d. h.

von 1923 ab, wird die Vermögenssteuer den Verteilungsmacht bieten, so daß auch der neue Reichtum den Tribut entrichtet. Nicht genug damit, soll außerdem eine freiwillige Anleihe ausgenommen werden, die, am nicht mit einem Fehlschlag wie die Sparprämienanleihe, zu endigen mit besonderen Reizmitteln auszustatten ist. So schöpfen wir alle nur irgend zu Gebote stehenden Quellen aus, um den übernommenen Verpflichtungen zu genügen. Der redliche Erfüllungswert allein kann die Unmöglichkeit der Erfüllung beweisen.

Den Beweis muß nun aber auch das Ausland ertennen. Es muß sich davon überzeugen, daß es ein Widerstand ist, uns so ungeheuerliche Zahlungsverpflichtungen aufzubürden und zugleich die Stilllegung der Notenpresse zu verlangen, ein Widerstand, uns Parlamentarier zu predigen und feinerseits die Auflagen in Form der Belegungskosten und sonstige Ansprüche immer weiter zu steigern. Die deutschen Finanzen könnten gelunden, wenn die Steuerkraft, wie es jetzt geschieht, auf das höchste angespannt und die Reichsbetriebe durch Abschonung der Ueberschüsse von Beamten, sowie durch bessere Ausnutzung ihrer Arbeitskraft rentabel gestaltet werden. So lange aber der Reparationsetat die schon genannte Ziffer von 171 Milliarden beträgt, ist an eine Gesundung der Reichsfinanzen und der Volkswirtschaft nicht zu denken. Hier liegt der Kernpunkt des Problems. Hier müssen die Staatsmänner, welche wünschen, daß die kranke Welt gesunde, die Hebel ansetzen und Herrn Poincaré klar zu machen suchen, daß er das Hindernis für eine Besserung der Verhältnisse ist, wenn er so unzugänglich und unverföhlich bleibt wie bisher.

Steigt die Panierflut, müssen wir immer mehr Devisen kaufen, so kürzt die Reichsmark tiefer und tiefer, und damit verschärft sich die Weltkrisis, statt sich zu mildern. Hoffentlich wird man in Genä für diese Zusammenhänge Verständnis gewinnen und entsprechende Entschlüsse fassen.

Reichstag.

Das Reichsmietengesetz.

Berlin, 14. Febr. In der heutigen Sitzung des Reichstags widmete zunächst Präsident Löbe dem verstorbenen Abgeordneten Konrad Haußmann einen herzlichen Nachruf. Darauf wurden regierungsseitige Anträge beantwortet. Worauf das Haus in die 2. Beratung des Reichsmietengesetzes eintrat, das die Deutschnationalen abzulehnen beantragten. Das Gesetz, das den gefühligen Charakter der Wohnraumfrage gegebenenfalls mit Hilfe des Mietenausschusses festlegen will, bestimmt ferner, daß die Miete aus Grundmiete, d. h. der Friedensmiete vom 1. Juli 1914 und einem Zuschlag für Betriebs- und Verwaltungskosten, sowie für laufende Herstellungsarbeiten bestehen soll. Außerdem sollen Zuschläge für die sogenannten großen Instandsetzungsarbeiten erhoben werden. Die obersten Landesbehörden haben die Bestimmungen im allgemeinen zu treffen und können auch anordnen, daß die Vertreter die Beibehaltung der Zuschläge für große Instandsetzungsarbeiten übernehmen, doch können diese auch durch die Gemeinden auf dem Wege der Exekutive beigetrieben werden. Bei der Festlegung der Zuschläge sind die Mieter- und Vermieterorganisationen zu hören, wie sie der Entwurf Mietervertretungen in den einzelnen Häusern und Mieterabschlüssen vorsieht. Das Gesetz soll am 1. 4. 1922 in Kraft treten und zunächst 4 Jahre gelten. - Ministerialdirektor Dr. Ritter erklärte, es handle sich bei dem Gesetz um eine Sicherstellung des Hausbesitzes, ohne die Mieter übermäßig zu belasten. - Abg. Silberstein (Soz.) betonte, daß das Gesetz keineswegs eine Sozialisierung des Hausbesitzes, sondern dessen kräftigen Schutz bedeute. Er verlange aber Kautelen gegen verkappte Zuwendungen an letzteren und gegen eine etwaige Spekulation. - Abg. Gutknecht (D.N.) lehnte das Gesetz ab, weil es ein Ausnahmegesetz sei und die Sozialisierung des Wohnungsmarktes bedeute. - Abg. Schlaß (Ztr.) betonte, das Gesetz sei durchaus mittelstandsfreundlich und wolle dem Verfall der Häuser vorbeugen, weil weite Kreise der Hausbesitzer große Instandsetzungsarbeiten nicht mehr ausführen lassen könnten. Einen großen neuen Beamtenapparat lehne seine Partei ab. - Abg. Seythier (D.N.) erklärte, der Entwurf sei für seine Partei nur annehmbar, wenn in der Grundmiete eine angemessene Verzinsung des im Haus angelegten Kapitals sowie eine angemessene Abschreibung enthalten sei. - Abg. Kuhn (U.S.P.) sieht nur in der Sozialisierung des Hausbesitzes das Mittel, um die Wohnungsnot zu beheben und verlangte weitere Maßnahmen zum Schutze der Mieter. - Darauf wurde die Weiterberatung auf morgen nachmittag 2 Uhr vertagt. Außerdem: Abstimmung über das Vertrauensvotum für die Regierung.

Die Krisis im Reichskabinett.

Die Besprechungen der Reichstagsaktionen.

Berlin, 15. Febr. Das Ergebnis der gestrigen Reichstagsaktionsitzungen kann dahin zusammengefaßt werden, daß die Bemühungen um die Herstellung der großen Koalition für den Augenblick gescheitert sind. - Der „Zeit“ zufolge, kam die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei nach kurzer Debatte zu dem Ergebnis, daß vorläufig für die Deutsche Volkspartei noch keine Möglichkeit bestehe, zu den Fragen Stellung zu nehmen die in den interfraktionellen Besprechungen aufgeworfen worden sind (Eintritt der Deutschen Volkspartei in die Regierungskoalition). Sie war der Ansicht, daß es zunächst Aufgabe der sozialdemokratischen Fraktion sein werde, sich über die Frage der großen Koalition zu entscheiden.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat gestern folgenden Beschluß gefaßt: 1) Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird bei der morgigen Abstimmung alle ihre Stimmen für die vom Reichskanzler angenommene Erklärung abgeben. 2) Sie ist nicht in der Lage, zu dem Zweck, das Ergebnis dieser Abstimmung zu beeinflussen, irgendwelche Zugaben bezüglich der Beteiligung an einer sogenannten großen Koalition zu machen.

Der „Freiheit“ zufolge, hat die Fraktion der U.S.P. beschlossen, gegen den Antrag zu stimmen: „Der Reichstag billigt die Erklärung der Regierung“. Sollte dem Reichstag von den Regierungsparteien ein anderer Antrag vorgelegt werden, dann wird die Fraktion der U.S.P. erneut Stellung nehmen und es wird dabei für die Entscheidung der Fraktion von Bedeutung sein, ob Garantien und Sicherheiten gegen Maßregelungen von Beamten und Arbeitern aus Anlaß des Eisenbahnerstreiks gegeben werden. Um den Unabhängigen zu ermöglichen, für ein Vertrauensvotum zu stimmen oder sich wenigstens der Stimme zu enthalten, um so eine ausreichende Mehrheit für die Regierung zu erzielen, wird, den Blättern zufolge, innerhalb der Regierungsparteien erwogen, den Vertrauensantrag so abzuändern, daß er nicht lediglich auf die Regierungserklärung über den Eisenbahnerstreik sich bezieht, sondern auf die gesamte, insbesondere auf die äußere Politik der Regierung, die auch von den Unabhängigen gebilligt wird. Ein solches Vertrauensvotum würde etwa folgendermaßen lauten: „Der Reichstag spricht der Reichsregierung das Vertrauen aus, das sie nach Artikel 54 der Reichsverfassung zu ihrer Amtsführung bedarf.“ - Die endgültige Formulierung des Vertrauensantrags soll heute vormittag nach Verhandlungen unter den Regierungsparteien erfolgen.

Die Blätter fassen ihre Ausführungen über die innerpolitische Lage dahin zusammen, daß sie nun eine ausreichende Mehrheit für das Kabinett Wirth für gesichert halten. Laut „Vossische Zeitung“ wird man sich in der heutigen Reichstagsitzung nicht lediglich auf die Abstimmung beschränken, sondern der Reichskanzler wird vor der Abstimmung das Wort ergreifen und dadurch eine Debatte ermöglichen. Das soll den Regierungsparteien die Möglichkeit geben, ihren ursprünglichen Antrag zurückzuziehen und ihn durch einen neuformulierten zu ersetzen.

Verhandlungen der Regierungsparteien mit der deutschen Volkspartei.

Berlin, 14. Febr. Heute vormittag fanden in der Reichskanzlei in Anwesenheit des Reichskanzlers Besprechungen der Führer der drei Regierungsparteien (Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten) mit den Führern der Deutschen Volkspartei statt. Die Verhandlungen waren vertraulich. Doch glauben die Blätter mitteilen zu können, daß die Frage der großen Koalition erörtert worden sei. - Nach einer Meldung des „Sozialdemokratischen Parlamentsdienstes“ soll die Anregung zur Aufrollung dieses Problems von den Demokraten ausgegangen sein. - Laut „Vorwärts“ soll sich die Volkspartei dazu bereit erklärt haben, ihren Mißtrauensantrag zurückzuziehen, wenn die große Koalition verwirklicht werden sollte. Bei den Sozialdemokraten stöße allerdings der Gedanke der Erweiterung der Regierungskoalition nach rechts nicht auf große Gegenliebe. Der „Vorwärts“ sprach von einem unzulässigen Druck auf die sozialdemokratische Fraktion, der in wirksamer Weise abgewehrt werden müsse. Heute nachmittag werden die einzelnen Fraktionen zusammenzutreten, um zu dem Ergebnis der Verhandlungen beim Reichskanzler Stellung zu nehmen.

Zur auswärtigen Lage.

Die deutsch-polnische Konferenz über Oberschlesien.

Genf, 14. Febr. Die deutsch-polnische Konferenz nahm heute nachmittag 4 1/2 Uhr ihren offiziellen Anfang. Präsident Colombe eröffnet die Vollziehung mit einer feierlichen Ansprache an die Bevollmächtigten der deutschen und der polnischen Regierung, denen

auf dem Ge...
alten. Am 13.
Würt. Weizen
erste 800-820
igenmehl Nr. 0
(1050-1070)
360 (unverän-
ert).
aphir-Werke
latt, mit der
cher Ed-
sende außer
den Ausgar-
erlassung der
ed; denn die
Rubine und
es Edelsteins
r hntstetliche
1800 Grad
einer Dejen,
tätigkeit, die
ern, wie sie
e in geschlif-
unterscheiden
e markt.)
Stück Läu-
is für 1 St.
500-650 M.
den Börsen- und
stlichen Verleis-
n Calw.
Calw.
einfache Weise
stleisch 47.
eife
dr. Lamparter,
Winz, Friseur.
1922.
nd Be-
e Mit-
e
Leiden
ant ent-
ing.
arbeiten.
in der Pano-
kaufmann hier,
nd Stein-
Schreiner-
Anstrich-
arbeiten
dingungen sind
nächst ausgelegt
nen im Arbeits-
tag, den 18.
berechtigt werden.
Architekt.
stimmer
sttage für den-
Blattes oder
heim,
210 u. 7821.
t rasch und
stlich
aten?
ur gegen 2. M.
erto durch 9.
avensburg,
lestor.

er zunächst für den Empfang dankte, der ihm in Oberschlesien zuteil geworden sei. Er sprach dann die feste Hoffnung aus, daß der Geist der Versöhnlichkeit, von dem die beiden Abordnungen bereits in den vorhergegangenen Verhandlungen Beweise abgelegt hätten, die Konferenz zu einem befriedigenden Ergebnis führen möge, wie es den Interessen der edlen Nationen, die hier vertreten seien, entspreche. — Die Bevollmächtigten Deutschlands und Polens dankten dem Präsidenten für die bisherige Leitung der Konferenz und hoben ebenfalls den versöhnlichen Geist hervor, mit dem sie in die Schlussverhandlungen eintreten. — Hierauf wurde auf Antrag des Präsidenten Calonder die Arbeitsmethode der Voll-Konferenz festgelegt, die bekanntlich den endgültigen Text des deutsch-polnischen Abkommens in Ausführung des Beschlusses vom 20. Oktober aufzustellen hat. Ein Revisionskomitee, in dem die deutsche Abordnung durch Geheimrat Schlegelberger, die polnische durch Wolny und Präsident Calonder durch Kälenbeck vom Völkerbundssekretariat vertreten ist, wird den Text vorbereiten, dem zunächst die im wesentlichen vorliegenden Ergebnisse der Verhandlungen der ersten 10 Unterkommissionen zugrunde liegen. Die Entwürfe sind dann der Vollkonferenz zu unterbreiten, die daher einige Tage ausdauern wird, bis die Arbeiten des Komitees vorliegen. — Am Vormittag hat die erste Arbeits-sitzung des 11. Unterausschusses (Minderheitschutz) stattgefunden. Nach einer eingehenden Aussprache überreichte die deutsche Abordnung dem an der Sitzung teilnehmenden Vertreter des Präsidenten Calonder, Colban vom Völkerbundssekretariat, einen ausführlichen Bericht, in dem das Minderheitsproblem im Hinblick auf Sprache, Schule und Kirche in seinen Einzelheiten behandelt wird. Der 11. Unterausschuss wie auch der 12. Unterausschuss (zwischenstaatliche Organisation) wird morgen und in den nächsten Tagen seine Beratungen fortsetzen.

Reue neuen Entwaffnungsforderungen.

Berlin, 15. Febr. Ueber den jüngsten Besuch des Generals Nollet bei Dr. Rathenau teilt eine Korrespondenzmeldung mit, daß die Unterredung sich ganz allgemein um den Stand der Abrüstung drehte. Nollet hatte den Wunsch, die Auffassung des neuen Ministers des Innern über die Durchführung der Entwaffnung kennen zu lernen. Entgegen Pariser Blättermeldungen, die von einer neuen Entwaffnungsnote berichteten, wird mitgeteilt, daß neue Entwaffnungsvorberungen nicht gestellt worden sind.

Die Gesamttonnage der deutschen Schiffs-lieferungen an die Entente.

London, 14. Febr. Im englischen Unterhaus teilt der Unterstaatssekretär der Marine mit, daß Deutschland vom 1. Dezember 1918 bis zum 1. März 1921 den Alliierten Schiffe in einer Gesamttonnage von 2 187 217 Tonnen ausgeliefert habe. Die Reparationskommission habe Deutschland dafür die Summe von 670 Millionen Goldmark zugesprochen. England erhielt von diesem Schiffsraum ungefähr eineinhalb Millionen Tonnen zugesprochen, insgesamt 343 Schiffe.

Die Schiffsbauorderungen der Alliierten an Deutschland.

Berlin, 15. Febr. In Paragraph 5 der Anlage 3 zu Teil 8 des Versailler Friedensvertrags ist bestimmt, daß die Reparationskommission binnen 2 Jahren nach Inkrafttreten des Vertrags der deutschen Regierung die Höhe des Schiffsraums mitteilen wird, der in jedem der 3 auf die vorstehend erwähnten 2 Jahre folgenden Jahre zu liefern ist. Vor einigen Tagen ist in Berlin eine Delegation der Reparationskommission eingetroffen, um mit der deutschen Regierung über die Einzelheiten der für die Alliierten zu bauenden Handelschiffe zu verhandeln. Wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ hört, hat die Delegation verlangt, daß jährlich 40 000 Brutto-Registertonnen auf deutschen Werften für die Alliierten gebaut werden.

Die Zahl der englischen Besatzungstruppen in Deutschland.

London, 14. Febr. Im Unterhaus fragte Sir Harry Brittain nach der Zahl der britischen Truppen, die augenblicklich am Rhein bzw. in Oberschlesien stehen. Der englische Kriegsminister gab folgende Zahlen bekannt: am Rhein 4700, in Oberschlesien 4800 Mann. Diese Truppen würden zurückgezogen werden, sobald ihre Aufgabe beendet sei.

Wiederausbruch des Aufstandes in Irland.

London, 14. Febr. Churchill teilte im Unterhaus mit, daß die Regierung angeordnet habe, die Räumung Irlands durch die britischen Truppen zu unterbrechen. Michael Collins kommt heute aus Irland nach London, um mit der britischen Regierung zu beraten. Collins habe telegraphisch mitgeteilt, daß er Schritte zur Freilassung der Entführten unternommen habe. Der Premierminister von Ulster erklärte, wegen der Empörung herrsche große Erregung. Die Schießerei in Belfast ging heute vormittag weiter. Seit 8 Uhr wird ununterbrochen gefeuert. Drei weitere Personen wurden getötet. Bei den Kämpfern der letzten 2 Tage sind bisher 18 Personen getötet und 50 verwundet worden.

Am Genua.

Frankreich für eine Vorkonferenz sämtlicher Alliierten.

London, 14. Febr. Reuters erzählt, daß die Antwort der französischen Regierung auf das britische Ersuchen, eine Zusammenkunft von Sachverständigen stattfinden zu lassen, in London eingegangen ist. Es verlautete, daß die französische Regierung der geplanten Zusammenkunft zustimmte, jedoch den Vorschlag machte, daß Sachverständige aus den Ländern der Kleinen Entente (Jugoslawien, Tschecho-Slowakei und Rumänien) an diesen Erörterungen teilnehmen. — Das bedeutet, daß Frankreich die „Kleine Entente“ als Druckmittel gegen England benützen will, um seine deutschfeindlichen Pläne besser ausführen zu können.

Italien erischt um Anschub der Vorkonferenz.

Rom, 14. Febr. Die Agenzia Stejania teilt mit: Im Hinblick auf den Plan, eine Konferenz der alliierten Finanzminister nach London einzuberufen, um in Verfolg der in letzter Zeit von der deutschen Regierung gemachten Mit-

teilungen die Reparationsfragen einer erneuten Behandlung zu unterziehen, hat die italienische Regierung an die englische und die französische Regierung das dringende Ersuchen gerichtet, die Konferenz bis nach Wiedereröffnung des italienischen Parlaments zu verschieben, da bis dahin kein Mitglied des Kabinetts von Rom abkömmlich sei.

Gegen die französische Auspressungspolitik.

Paris, 14. Febr. Der Finanzausschuss der Kammer hat sich auch mit den Kosten der Mobilisierung der Jahresklasse 1919 in Höhe von 190 Millionen Franken zu befassen, da seinerzeit ein Druck auf die deutsche Regierung ausgeübt werden sollte, damit sie das Ultimatum vom 10. Mai 1921 annehme. Gegen die Absicht der französischen Regierung, diese Ausgaben in das Budget aufzunehmen, dessen Minderstammung Deutschland zuschickte, haben einige Alliierte aber Widerspruch erhoben. Infolgedessen hat die französische Regierung die Ausgaben auf das gewöhnliche Budget übernommen. Der Finanzausschuss hat aber noch nicht zugestimmt, und es scheint nach dem „Matin“ auch nicht entschlossen zu sein, dieser Maßnahme zuzustimmen.

Ausland.

Flugpostverkehr Berlin-Prag.

Prag, 15. Febr. (Tschecho-Slowakisches Pressebüro). Wie die gestrigen Abendblätter melden, fanden dieser Tage in Berlin Vorbereitungen zwecks Schaffung einer regelmäßigen Flugpostverbindung Prag-Berlin statt. Der Verkehr soll auf vollkommen paritätischer Grundlage gestaltet werden. Beide Regierungen werden Gesellschaften bestimmen, die den Verkehr nach dem Auslande bewerkstelligen werden. Der regelmäßige Flugpostverkehr Prag-Berlin wird noch in diesem Jahr, vermutlich Ende Frühjahr, eröffnet werden.

Die Bräskierung Deutschlands bei Schaffung eines Internationalen Gerichtshofs.

Berlin, 14. Febr. Anlässlich der feierlichen Eröffnung des ständigen internationalen Gerichtshofs in Haag am 15. Februar hat die Deutsche Liga für Völkerbund an den Präsidenten Dr. Lober ein von dem früheren deutschen Botschafter in Washington, Grafen Bernstorff, dem Völkerrechtslehrer Professor Schilling und dem früheren Reichsminister des Innern Dr. Simons unterzeichnetes Schreiben gerichtet, in dem sie erklärt, es sei für sie schmerzlich, daß Deutschland bei der Schaffung der großen schiedsgerichtlichen Einrichtung des internationalen Gerichtshofs nicht unmittelbar beteiligt gewesen sei. Wäre das der Fall gewesen, so würde die deutsche Regierung sicherlich das Bedürfnis gehabt haben, das Zustandekommen dieser alten Sehnsucht aller Friedens- und Völkerrechtsfreunde nach Kräften zu fördern. Durch den kürzlich erfolgten Abschluß des deutsch-schweizerischen Schiedsvertrags habe die deutsche Regierung ein deutliches Zeugnis für ihre Bereitschaft abgelegt, zum Ausbau der internationalen Rechtsordnung beizutragen.

Oesterreichische Pachtpreise.

(EGB) Vom Bagrischen Allgäu, 14. Febr. In dem nahe bei Oberstdorf gelegenen kleinen Walsertal wurden dieser Tage fünf Jagden zu förmlichen Phantastiepreisen versteigert. Es wurden dabei Preise von 350 000 Kronen, 380 000 Kronen, 600 000 Kronen, 800 000 Kronen und 1 250 000 Kronen erzielt. Eine Jagd, die früher 500 Kronen kostete, wurde jetzt um 400 000 Kronen versteigert. Vielfach sind es Beamte und Leute der Industrie und des Handels, die sich eine Jagd leisten können.

Der Notenumlauf in Polen.

Warschau, 14. Febr. Der Banknotenumlauf hat am 9. Februar 240 Milliarden Mark betragen.

Die Hungersnot in Rußland.

Moskau, 14. Febr. Im Verbauschewerz (Gouvernement Saratow) ist die Hungersnot besonders groß. Alle Vorräte, Strohballen, Hunde, Katzen und Ratten sind längst aufgezehrt. Raub und Mord mehren sich. Man stiehlt Kinder und schlachtet sie. In der Nacht werden die Leichen der Verstorbenen ausgegraben, um sie als Nahrung zu verwenden. — Man wird diesen Nachrichten doch ein gewisses Mißtrauen entgegenbringen müssen.

Deutschland.

Verhandlungen über Wirtschaftsbefehle für Beamte.

Berlin, 14. Febr. Im Reichsfinanzministerium wurde heute unter dem Vorsitz des Ministerialdirektors von Schieben die Besprechung mit den Spitzenorganisationen der Beamten über die Einführung von Wirtschaftsbefehlen für die Beamten in Anlehnung an die den Arbeitern zu gewährenden Uebertuerungszuschüsse fortgesetzt. Uebereinstimmung herrscht unter den Spitzenorganisationen darin, daß in den Orten, in denen die Arbeiter Uebertuerungszuschüsse erhalten werden, den Beamten in engster Anlehnung an diese Zuschüsse Wirtschaftsbefehle unter Umrechnung von je 10 Pfennig Uebertuerungszuschuß für eine Stunde in einen jährlichen Beihilgebetrag von 250 Mark gewährt werden soll. Nachdem eine Reihe weiterer technischer Einzelfragen besprochen war, gab der Vorsitzende namens des Reichsministers für Finanzen die Versicherung ab, daß die Regierung Wert auf möglichst rasche Durchführung der Auszahlung der Wirtschaftsbefehle lege und ihrerseits alles dazu Erforderliche tun werde. Für die Angestellten werde eine entsprechende Regelung getroffen werden.

Die deutschen Holzlieferungen.

Die Wiederherstellungskommission hat der deutschen Regierung für das Jahr 1922 Holzlieferungen für Frankreich und Belgien, Italien und England übermittelt, die sich belaufen auf 441 700 Telegraphenstangen, 2 700 000 Schwellen (Hartholz), 1 000 000 Schwellen (Kiefern), 155 000 Festmeter Rundholz, 3 948 000 Festmeter Schnittholz. Anlässlich der in Paris gepflogenen Verhandlungen über diese Anforderung ist der Wiederherstellungskommiss-

ion bekanntgegeben worden, daß Holzlieferungen in diesem Umfang aus dem anfallenden Rundholz des normalen Einschlags sich unmöglich würden aufbringen lassen, und daß infolge des verspäteten Termins der Anmeldung der verlangten Lieferung Maßnahmen bezüglich eines vermehrten Einschlags wegen technischer Schwierigkeiten mit Aussicht auf Erfolg für das Jahr 1922 nicht mehr durchgeführt werden könnten. Dessen ungeachtet hat die Wiederherstellungskommission mit Note vom 16. Januar 1922 darauf bestanden, daß die deutsche Regierung unverzüglich die Maßnahmen ergreife, um den zur Erfüllung der Lieferungen erforderlichen Einschlag zu lassen und verlangte innerhalb kurzer Frist Angaben über den Umfang der während des laufenden Jahres noch zu tätigen Lieferungen. Die Reichsregierung hat sich darauf hin trotz schwerster Bedenken hinsichtlich der innerwirtschaftlichen Folgen entschlossen, der Wiederherstellungskommission bekanntzugeben, daß Deutschland alle gesetzlich zulässigen Maßnahmen zur Anwendung bringen wird, um die Durchführung einer Lieferung von 1 275 000 Hartholz- und Kiefernschwällen, 441 700 Telegraphenstangen, 155 000 Festm. Rundholz, 124 000 Festm. Schnittholz zu ermöglichen. Die Reichsregierung wird mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln versuchen, die Ausbringung der angebotenen Holz-mengen zustande zu bringen. Sie hat demgemäß an die Regierungen der Länder die Bitte gerichtet, umgehend Maßnahmen wegen Durchführung eines vermehrten Einschlags zur Sicherung des erforderlichen Rundholzbedarfes zu ergreifen. Die Ausbringung der Holzlieferungen soll auf dem Wege allgemeiner Ausschreibungen erfolgen, die in der nächsten Zeit von dem Reichskommissar zur Ausführung von Aufbaubarbeiten in den zerstörten Gebieten veröffentlicht werden. — Die Köln. Ztg. bemerkt dazu: Die von der Regierung angebotenen innerpolitischen Folgen werden darin bestehen, daß die Holzpreise in Deutschland sehr erheblich in die Höhe schnellen. Als Folge davon sind Lohnerhöhungen, vermehrte Staatsausgaben und neue Geldentwertung zu befürchten. Der Verband hat also im eigenen Interesse allen Grund, auch in den Sachforderungen sich vor Ueberfrannungen zu hüten.

Französische Unverschämtheit.

Berlin, 14. Febr. In dem Verfahren wegen Beleidigung des belgischen Chauffeurs Smet, das die Gerichte wiederholt beschäftigt hat, wurde heute der Angeklagte von der Strafkammer des Landgerichts I zu einer Geldstrafe von 30 Mark verurteilt. Vom Schöffengericht war der Angeklagte freigesprochen worden, weil der von dem Vorsitzenden der interalliierten Kommission, General Nollet, seinerzeit gestellte Antrag auf gerichtliche Verfolgung in französischer Sprache abgelehnt war. Die Strafkammer hatte das freisprechende Urteil bestätigt, weil der französische General keine Befugnis, für den Belgier Smet Strafantrag zu stellen, nicht nachgewiesen hatte. Das Kammergericht hatte in dritter Instanz die Sache zur nochmaligen Entscheidung an das Landgericht zurückverwiesen.

Der internationale Schwindel der Ententezoalisten.

Berlin, 14. Febr. Der „Vorwärts“ veröffentlicht ein Einladungsschreiben der französischen sozialistischen Partei an die SPD, worin die deutschen Delegierten zu der sozialistischen Jünsländertagung in Frankfurt a. M., die am 25. Februar beginnen soll, eingeladen werden. Tagesordnung der Konferenz wird in dem Schreiben angegeben: Die wirtschaftliche Lage Europas und insbesondere die Reparationszahlungen.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 15. Februar 1922.

Deutsche Volkspartei Calw.

Die Generalversammlung der Deutschen Volkspartei fand letzten Samstag im „Hirsch“ statt. Der Vorsitzende, Gewerbeschulrat Aldinger, begrüßte die Anwesenden mit herzlichen Worten. — In seiner einleitenden Rede gab er einen Rückblick auf das abgelaufene Geschäftsjahr und ließ den Tätigkeitsbericht der Partei folgen. Fabrikant Stroh erbatete den Kasernenbericht, der nichts zu erinnern gab und mit Dank wurde ihm Entlastung erteilt. Verwaltungsaktuar Hilligardt in Feinach wurde wiederum einstimmig in den Landesauschuss als Vertreter entsandt. Bei den Wahlen des Vorstandes der Ortsgruppe fand gegenüber dem abgelaufenen Geschäftsjahr keine Veränderung statt. Zum Schluß sei noch erwähnt, daß es der Parteileitung gelungen ist, Herrn Oberstudientrat Prof. Dr. Egelhaaf in Stuttgart für einen öffentlichen Vortrag zu gewinnen, der am 25. Februar im „Waldhorn“ stattfinden wird.

Einkommensteuer 1921.

Man schreibt uns: Nach dem Gesetz über die Einkommensteuer vom Arbeitslohn vom 11. 7. 1921 gilt bei Steuerpflichtigen, deren gesamtes steuerbares Einkommen im Kalenderjahr 1921 den Betrag von 24 000 M nicht überstiegen hat und lediglich aus Arbeitslohn, von dem der ordnungsmäßige Steuerabzug gemacht wurde, bestanden hat, als getilgt und findet eine Veranlagung für das Rechnungsjahr 1921 nicht statt. Ausnahmsweise findet jedoch Veranlagung statt, a) wenn Grund zu der Annahme besteht, daß der Steuerabzug nicht ordnungsmäßig vorgenommen worden ist, b) wenn trotz der angestellten Nachforschungen die vorgeschriebenen Belege für den Steuerabzug nicht zu erlangen waren und c) auf Antrag des Steuerpflichtigen: 1. wenn die nach dem Gesetz zulässigen Abzüge für Werbungskosten usw. den Betrag von 2700 M übersteigen und nicht schon beim Steuerabzug berücksichtigt wurden, 2) wenn besondere die Leistungsfähigkeit besonders beeinträchtigende Verhältnisse beim Steuerpflichtigen vorliegen oder 3) wenn die zulässigen Ermäßigungen für den Haushaltsvorsorge und die Familienangehörigen bei dem im Steuerabzugsverfahren eingehaltenen Beträge nicht voll berücksichtigt wurden. Der Antrag auf Veranlagung ist innerhalb der Frist für die Abgabe der Einkommensteuer-Erklärung, also in der Zeit vom 15. Februar bis 1. März 1921 zu stellen.

Das Nachdie da sie al Nachdie Lujuwan das Reie Nach dierten rische M dium w 932, Na heilku Theolo Wissen Nutma Der s her komm froitfrei Bette r zu (SO) trüben R Kremator manns b den Vert von der wter A ger, fe tags und der Deut demokrati stidenten zahlreiche vortrag n geschieden Weggenol denen N besprochen An den r schmerzlic aufrichtig mann bei dem Hof er nochm seiner P Redtsam Berstorber ner Men Vaterland Reichstag zugleich drud. Se Vertreter 32 Jahre dem Tät liere der alle Part unaufschle irden Le ber Berd Weiter le Vabens und die den Haup tersten J rat Bru (EGB) fügen W Streik g und 4.20 schaft ist schuf ent beiterfch Streik. (EGB) hier das Stimmen renz von tigeim. sperri n Streik t Eröff (EGB) die vom anstaltet des hiesi der sein durch dr Die Zeit grüßungs öfnet. C über die unjer ge Kultur d bers in I Minister Arbeit d betone in sterium i gegenbr Vereins insbesont Pilege de lich eine bereit, d

ingen in diesem normalen Einlassen, und daß die Ausbildung der verschiedenen Vertheilungen mit Ausnahmehilfe durch die Niedergerichte am 1. März 1922...

Nachdienstzulagen nicht steuerpflichtig.

Das badische Finanzministerium hat entschieden, daß Nachdienstzulagen nicht der Einkommensteuer unterliegen, da sie als Entschädigung für Mehrkosten der Ernährung im Nachdienst gewährt werden und es sich somit um eine Aufwandsentschädigung handelt.

Frauenstudium.

Nach Feststellungen des Statistischen Reichsamts studierten im Sommerhalbjahr 1921 philosophische und historische Wissenschaften 2725 Frauen, das medizinische Studium wählten 2025, Mathematik und Naturwissenschaften 932, Nationalökonomie 865, Rechtswissenschaften 618, Zahnheilkunde 304, Chemie 195, Pharmazie 145, evangelische Theologie 72, Landwirtschaft 49 und insgesamt 365 sonstige Wissenschaften.

Mitmaßliches Wetter am Donnerstag u. Freitag.

Der Hochdruck im Osten hat sich aufgelöst, Störungen von Westen her kommen auf. Am Donnerstag und Freitag ist vielfach trübes frostfreies und auch mit vereinzelt Niederschlägen verbundenes Wetter zu erwarten.

Trauerfeier für Konrad Haußmann.

(Stuttg.) Stuttgart, 14. Febr. Am Dienstag nachmittag, einem trübigen Regentag, versammelte sich ein außerordentliches Trauergefolge im Krematorium des Pragitzerhofs, um der Einäscherung Konrad Haußmanns beizuwohnen. Unter den vielen Trauergeväßen bemerkte man den Vertreter des Reichstagspräsidenten, Vizepräsident Kießer, von der württ. Regierung Staatspräsident Dr. Sieber und Minister Reil, vom württ. Landtagspräsidenten Vizepräsident Pfäfflinger, ferner zahlreiche demokratische Abgeordnete des württ. Landtags und des Reichstags, Vertreter der politischen Parteien, von der Deutschen Volkspartei, dem Zentrum und der Wehrheitssozialdemokratie, Vertreter des Anwaltschaftsstandes darunter den früheren Präsidenten des württ. Landtags, Rechtsanwalt Kraut, Vertreter zahlreicher Vereinigungen und Körperschaften. Nach einem Violinvortrag mit Orgelbegleitung hielt, von der Trauer um den Dahingegangenen tief ergriffen, der alte Demagogenführer und politische Weggenosse Haußmanns, Friedrich v. Bayer, einen warm empfundenen Nachruf. Ost sei es unter ihnen als persönlichen Freunden besprochen worden, daß Haußmann ihm den Nachruf widmen solle. In den umgekehrten Fall habe man nie gedacht. Nun sei es seine schmerzliche Pflicht Haußmanns zu gedenken. Ein wirklich aufrichtiger, edler und innerlich großer Mensch sei in Konrad Haußmann heimgegangen. Payers Gedächtnisrede galt jedoch in erster Linie dem Volkstücker Haußmann, dessen arbeits- und erfolgreiches Wirken er nochmals anschaulich schilderte. Er habe sich nicht nur den Dank seiner Partei, sondern den des schwäbischen Volkes verdient. Rechtsanwältin Heusel, der langjährige berufliche Mitarbeiter des Verstorbenen, würdigte den Menschen Haußmann, der ein Bild reiner Menschlichkeit und Männlichkeit darstelle und von aufrichtiger Vaterlandsliebe durchglüht gewesen sei. Der Vizepräsident des Reichstags, Reichstagsabgeordneter Kießer, gab der Trauer und zugleich dem innigen Dank für den hervorragenden Kollegen Ausdruck. Sein Gedanke galt dem rastlosen unermüdeten Kämpfer, dem Vertreter des Volkes und dem bewährten Anwalt des Rechts, der fast 32 Jahre mit Weisheit und Energie, mit Initiative und fortsetzender Tätigkeitstüchtigkeit dem Volk gedient habe. In Haußmann verkörperte der Reichstag eines seiner hervorragendsten Mitgließer, dem alle Parteien ein dankbares Andenken bewahren. Anstelle des durch unaufschiebbare anderweitige Verpflichtungen am Erscheinen verhinderten Landtagspräsidenten Walter gebachte Vizepräsident Pfäfflinger der Verdienste Haußmanns als schwäbischer Landtagsabgeordneter. Weiter legten unter ehrenden Worten Kränze nieder: Für die D.D.P. Badens Staatspräsident Dr. Hummel, für die D.D.P. des Reichs und die Reichstagsfraktion Reichsminister a. D. Göttsche, für den Hauptauschuss der D.D.P. und als Vertreter des Senats Peter Johann Fischer, für die D.D.P. Württembergs Geheimrat Brudmann, für die Landtagsfraktion Abg. Scheff.

Streik.

(Stuttg.) Stuttgart, 14. Febr. Die Arbeiterschaft der hiesigen Mägenindustrie ist wegen Lohnforderungen in den Streik getreten. Die Spitzlöhne betragen bisher 6.50 und 4.20 M pro Stunde. Die Forderungen der Arbeiterschaft stellten sich auf 12 bzw. 8 M. Der Schlichtungsausschuss entschied für eine Erhöhung um 10 Prozent. Die Arbeiterschaft lehnte den Schiedsspruch ab und trat in den Streik.

(Stuttg.) Bietingen, 14. Febr. Die Holzarbeiter haben hier das vorgelegte Lohnabkommen mit 217 gegen 12 Stimmen abgelehnt. Den Hauptgrund bildete die Differenz von 1.50 M pro Stunde zwischen Stuttgart und Bietingen. Die Arbeiter der Firma Faber wurden ausgespart, worauf die Arbeiter der übrigen Fabriken in den Streik traten.

Eröffnung der Ausstellung Schwäb. Graphik.

(Stuttg.) Ulm, 13. Febr. Am letzten Sonntag wurde die vom Verein zur Förderung der Volksbildung veranstaltete Ausstellung „Schwäb. Graphik“ in den Räumen des hiesigen Kunstvereins eröffnet. Der Staatspräsident, der sein Erscheinen zugesagt hatte, wurde in letzter Stunde durch dringende anderweitige Verpflichtungen verhindert. Die Fete vor den geladenen Gästen wurde durch eine Begrüßungsansprache von Direktor Bäuerle-Stuttgart eröffnet. Er sprach über den Zweck der Ausstellung, sowie über die Bedeutung der künstlerischen Volkserziehung für unser gelamtes Leben unter Hinweis auf die künstlerische Kultur der Bürgerschaft in den alten Reichstädten, besonders in Ulm. In Vertretung des Staatspräsidenten sprach Ministerialrat Frey Worte warmer Anerkennung für die Arbeit des Vereins zur Förderung der Volksbildung und betonte vor allem das Interesse, das auch das Kultministerium der Volksbildung und der Pflege der Kunst entgegenbringe. Die Ausstellung wie die Kunstabteilung des Vereins sei unter der Mitarbeit der staatlichen Stellen insbesondere des Ministeriums zustande gekommen. Die Pflege der Kunst in den Gemeinden des Landes sei wesentlich eine Frage der Selbsthilfe. Das Kultministerium sei bereit, den künstlerischen Bestrebungen des Landes jede

mögliche Unterstützung angebeihen zu lassen. Oberbürgermeister Dr. Schwammberger dankte für die Worte des Vertreters des Kultministeriums und dem Verein für die Veranstaltung der Ausstellung. Auch er betonte die Wichtigkeit der Pflege guter volkstümlicher Kunst und gab die Versicherung, daß die Stadt Ulm alles tun werde, um die einst so blühende Ulmer Kunst zu neuem Leben zu erwecken. Er wies darauf hin, daß gerade Ulmer Künstler mit hervorragenden Arbeiten eine besondere Fierde der Ausstellung bilden. Direktor Bäuerle erklärte die Ausstellung für eröffnet und Professor Dr. Julius Baum, der Leiter der Abteilung für bildende Kunst und Schöpfer der Ausstellung führte die Gäste durch die Säle. Der Eindruck der Ausstellung ist vortrefflich. Dies beweist schon die Tatsache, daß von den 300 ausgestellten Bildern bereits am ersten Tag über 40 verkauft wurden. Der Besuch der Ausstellung war am ersten Tag sehr gut.

Stetsheim, 13. Febr. Gestern Abend hatten wir Gelegenheit in einer hübsch und geschmackvoll geordneten Ausstellung im Rathausaal das Resultat eines in den letzten Tagen hier abgehaltenen Kinderpflegewesens in Augenschein zu nehmen. Wenn wir auch nicht beurteilen können, was sich die Teilnehmerinnen in theoretischer Hinsicht angeeignet haben, so zeigten uns doch die mancherlei hübschen Sachen und Süßigkeiten, die durch Handarbeit hergestellt worden sind und so recht dazu geeignet sind, Kinderherzen zu erfreuen und glücklich zu machen, daß in den paar Tagen außerordentlich eifrig gearbeitet und die so kurz bemessene Zeit bestmöglichst ausgenützt worden ist. Der Leiterin des Kurzes, Fr. Schlichthärle, sei denn auch an dieser Stelle herzlicher Dank und rückhaltlose Anerkennung ausgesprochen, ebenso Frau Schultze, die sich dieser Angelegenheit wie allen derartigen gemeinnützigen Unternehmungen in warmherziger und tatkräftiger Weise angenommen hat. Bedauerlich ist, daß dem Kinderpflegewesen nicht dasjenige Interesse und Verständnis entgegengebracht worden ist, wie es derselbe tatsächlich verdient hätte und deshalb die Zahl der Teilnehmerinnen eine ziemlich beschränkte geblieben ist. Es ist dies umso bedauerlicher, als der uraltbare Krieg uns Millionen junger, kräftiger Männer entzissen hat und ein anderer, vielleicht noch größerer Teil nicht mehr gesund heimgekehrt ist. Es wäre deshalb im Interesse unseres Volkswohls so dringend notwendig, daß uns wenigstens der Nachwuchs reichlich an Seele und Leib erhalten bliebe.

Stuttg., 13. Febr. Gestern fand in der Wirtschaftszentrale eine Volksversammlung des landw. Bez. Vereins Magd. statt. Obergeometer Gärtner-Wildberg eröffnete an Stelle des verhinderten Bezirksvorsitzenden Kleiner die Versammlung und übergab dem landwirtschaftlichen Ortsverein Sutz den von der Landwirtschaftskammer zuerkannten 1. Preis für anerkannte Leistung auf dem Gebiet des Rübenaues mit 500 M samt Diplom, sowie ein Ehrenabzeichen für anerkannte Leistung auf dem Gebiet des Acker- und Pflanzenaues. Er gab sodann einen Überblick auf die Entstehung des heute vortrefflich betriebenen Rübenaues und gedachte dabei des verstorbenen, weithin bekannten Gemeindepflegers Böhm, der sich um den Rübenaue große Verdienste erworben habe und dessen zielbewußter Tätigkeit es in der Hauptsache zu danken sei, daß dem Ortsverein diese Ehrung zuteil geworden sei. Er bedauert noch, daß es diesem Manne nicht vergönnt gewesen sei, diese Ehrung zu erleben. Nachdem Schulze die Glückwünsche der Gemeinde überbracht hatte, ergriff Diplomandwirt Martini, bei der Abteilung „Pflanzbau“ der Württ. Landwirtschaftskammer, das Wort und überbrachte die Glückwünsche der Landwirtschaftskammer. Er ging dann über zu einem Vortrag: „Wie kann sich der Landwirt Pflanzenzüchtung Sortenerfolge und Saatgutbau zunutze machen.“ Im 1. Teil „Pflanzenzüchtung“ erläuterte er die Entstehung der Pflanzenzüchtung und gab Anregung über die Erzielung höherer Erträge, erläuterte an einigen Beispielen den Gang der Sortenerzeugung und wies sodann beim Kartoffelbau den Weg der Sortenwahl; dabei weit eingehend auf die hauptsächlichsten Kartoffelkrankheiten. Im 2. Teil seines Vortrages „Was profitiert der Landwirt von den Sortenerfahrungen“, forderte er auf zur Vereinerung der Sortenerfahrungen und ermahnte, nicht gleich im ersten Jahr zu erlahmen, da mindestens das Ergebnis dreier Jahre notwendig sei, damit es der Landwirtschaftskammer möglich sei, ein Urteil über das Ergebnis abzugeben. Im Verlauf kennezeichnet er eingehend die Sortenerfahrungen. Im 3. Teil seines Vortrages „Saatgutbau“ wies Herr Martini darauf hin, daß es den Großbetrieben bisher allgemein gelungen sei, größere Erträge zu erzielen als Kleinbetriebe, gab dann die Vorteile zu erkennen, die den Gemeindeangehörigen aus Gemeindefaatgutadern zugute kommen, wobei er besonders betonte, daß dem landwirtschaftlichen Ortsverein Sutz für seine seitliche Tätigkeit auf diesem Gebiet die zuvor erteilte Anerkennung der Landwirtschaftskammer zuerkannt worden sei. Der lehrreiche Vortrag fand allseitig großen Beifall. Der Vorsitzende der landwirtschaftlichen Ortsvereins Joh. Dürr, Landwirt, ergriff dann das Wort und dankte den Vorrednern, sowie der Landwirtschaftskammer für die dem landwirtschaftlichen Ortsverein zugesprochenen Ehrungen. Anschließend ging er über auf die Mängel an dem bisher bezogenen Gemeindefaatgut und war der Ansicht, daß ein Teil desselben nicht der Qualität entsprochen habe, die für eine solche Saatfrucht erforderlich sei und forderte auf zu künftigen Anbau von Gemeindefaatgutadern. Weiter gab er Aufschluß über die Versuche des Kleeaufbaues und stellte den Antrag auf gemeinsame Felderbegehung, da er sich hierin viel verspreche. In der dann einsetzenden Aussprache wurde dieser Antrag zum Beschluß erhoben und die Entschliessung gefaßt: „Die Landwirtschaftskammer um eine Felderbegehung zu ersuchen und als Zeit Mitte Juli zu bezeichnen. Die von Louis Gärtner, Wildberg, gestellte Anfrage, ob sich auch benachbarte Gemeinden beteiligen können, wird von Diplomandwirt Martini dahin entschieden, daß auch die umliegenden Gemeinden eingeladen werden sollten, doch habe auch zu große Beteiligung gewisse Nachteile. Die Versammlung verlief sehr harmonisch; sie war von örtlichen Mitgliedern sehr gut besucht, umso weniger aber von Bezirksmitgliedern.“

(Stuttg.) Bonndorf im Schwarzwald 14. Febr. Das 11-jährige Söhnchen des Oberalpwrirts Gantert bei Bettma-

ringen war in einem Grippeanfall im Fieberwahn nur vorübergehend befreit vom Elternhaus wegelaufen. Gen darmerie und Feuerwehr von Bettmaringen wurden aufgegeben, das Kind zu suchen. In einer alten Steinlopfhütte bei Bettmaringen wurde das Bublein tot aufgefunden.

(Stuttg.) Horb, 14. Febr. Die Amtsversammlung hat beschlossen, ein körperhaftliches Verwaltungsgebäude für den Betrag von 2 Millionen Mark zu errichten.

(Stuttg.) Kornwiesheim, 13. Febr. Der Gemeinderat plant den Bau eines Schulhauses für die evangelische und katholische Volksschule mit einem Aufwand von 4 Millionen Mark. Mit den Bauarbeiten soll nach Verwilligung der Staatsbeiträge begonnen werden. Die Erstellung einer Milchbehandlungsanlage erfordert einen Aufwand von 300 000 M. Die Gemeinde hat außerdem das Gasthaus zum Schwänen um 350 000 M erworben.

(Stuttg.) Stuttgart, 14. Febr. Die Liebergruppe Promers ist von ihrer Amerikafahrt heimgekehrt, im Bremer Hafen gelandet und wird am Mittwoch abend in Stuttgart eintreffen.

(Stuttg.) Stuttgart, 13. Febr. Auf Grund eines Schiedspruches des Schlichtungsausschusses wurde für die Textilindustrie in Württemberg und Hohenzollern ein neuer Tarifvertrag abgeschlossen. Die Stundenlöhne betragen für männliche Arbeiter bis zu 10.20 M, für weibliche bis zu 7.20 M. In Ortsklasse II ist der Lohn um 30 in Ortsklasse III um 60 Pfg. niedriger pro Stunde. Spezialarbeiter erhalten bis zu 60, Handwerker 60-120 Pfg. Zuschlag. Der Allordlohn ist 10-20 Pfg. höher als der Zeitlohn.

(Stuttg.) Tuttlingen, 14. Febr. Vom Gemeinderat wurde der Bau von 10 Doppelwohnhäusern mit 40 Wohnungen beschlossen. Unter üünftigen Verhältnissen sollen im Sommer weitere 40 Wohnungen in Anstich genommen werden. Auch die A.G. für Feinmechanik läßt weitere 20 Wohnungen erstellen. - Etwa 30 Schneeanläuger werden am letzten Sonntag auf den Eisfeldern an der Donau bei Fridingen. Dem Flachsmermeister Hipp dort gelang es, eine Schneeanläuger zu erlegen.

(Stuttg.) Schürzlingen, W. Raubheim, 14. Febr. Bei der Ortsvorsteherwahl entfielen auf den bisherigen Schultheißen Jons von 185 abgegebenen Stimmen 181 Ws Kuriosus verdient angeführt zu werden, daß sich in einem Wahlschlach neben einem gültigen Stimmzettel ein Hundertmarkschein befand.

(Stuttg.) Ravensburg, 14. Febr. (Zwei Kinder erstickt) Die Ehefrau des Tagelöhners Fridolin Hofer verließ die Wohnung, um Ausgänge zu besorgen. Im Wohnzimmer schliefen zwei Kinder, 3 Jahre und 2 Monate alt. Ehemanns Kiste die Mutter in die Nähe des ausgeheizten Ofens, während das ältere auf dem Sofa lag. Als Frau Hofer heimkehrte, bot sich ihr ein entsetzlicher Anblick. Das Bett des Kindes war vollständig verbrannt und auch weitere Gegenstände der Zimmereinrichtung hatten Feuer gefangen. Das Kind lag verbrannt tot am Boden. Das auf dem Sofa schlafende Kind hatte den Erstickungstod erlitten. Ein drittes 2 Jahre altes Kind befand sich im daneben liegenden Zimmer und entging nur dadurch dem Tod, daß die Verbindungstüre geschlossen war und den Eintritt des Rauches verhinderte. Untersuchung ist eingeleitet.

Geld-, Volks- und Landwirtschaft.

Der Kurs der Reichsmark.

Der Dollar steht heute auf 199.32 M, der Schweizer Franken auf 39.24 M.

Börsenbericht der Stuttgarter Börse.

(Stuttg.) Stuttgart, 13. Febr. Die Stuttgarter Börse verlief heute bei fester Tendenz. Für verschiedene Werte, besonders hervorgehoben seien die Textilwerte, zeigte das Publikum wieder Interesse, so daß die Umsätze teilweise recht lebhaft waren und das Material fast durchweg zu höheren Kursen aus dem Markt genommen wurde. Man konnte den Eindruck gewinnen, daß das sich wieder zeigende Interesse seine Grenzen erweitern wird. Bankwerte befestigt: W. Bankanstalt + 25 Prg., W. Hypothekbank + 5 Prg., W. Vereinsbank + 10 Prg., W. Notenbank unverändert. Brauereiwerte uneinheitlich: Brauhaus Ravensburg unverändert, Eplinger + 20 Prg., Kettmeyer-Tivoli - 60 Prg., Wulle unverändert, Zahn - 5 Prg., Textilwerte fest: Baumwolle Erlangen + 100 Prg. (weiter gefragt), Unterhausen unverändert, Kammgarn Bietingen - 90 Prg., Kolb u. Schüle + 1 Prg., Kottner + 50 Prg., Baumwolle Ruchen + 50 Prg., Verein. Filzfabriken + 80 Prg., Baumwolle Eplingen + 60 Prg., W. Rattun + 30 Prg., Maschinen- und Metallwerte fest: Maschinenfabrik Eplingen + 35 Prg., Hesser + 39 Prg., Weingarten unverändert, Redarjulmer + 24 Prg., Daimler + 15 Prg., Feinmechanik Tuttlingen + 35 Prg., Jun. Hans + 35 Prg., W. Metallwaren unverändert. Die übrigen Industriewerte lagen durchweg fester. Bad. Anilin + 20 Prg., Bremen-Besigheimer + 20 Prg., Cement Heidelberg + 19 Prg., Deutsche Verlagsanstalt - 20 Prg., Hohner + 30 Prg., Köln-Nottweiler + 55 Prg., Krumm + 15 Prg., Laubheimer Werkzeug + 5 Prg., Sekt Wachenheim + 50 Prg., Stuttgarter Suder + 5 Prg., Verein D. Desfabriken + 65 Prg., Ziegelwerke Ludwigsburg unverändert. - Der freie Verkehr findet bis auf weiteres täglich nachmittags 4 Uhr statt.

Eier zur Eihörbereitung.

In einer deutschnationalen Anfrage an die Reichsregierung wird darauf hingewiesen, daß sowohl in Norddeutschland wie in Bayern Tausende von Eiern (auch waggonweise) auf gekauft werden, zur Bereitung von Eihör. Ein Händler in Hamburg sucht zu dem Zweck wöchentlich 5000-6000 Stück Eier. Die notwendige Folge dieser umfangreichen Käufe zur Herstellung von Eier-Rognal in ein starkes Heraufschrauben der Eierpreise.

(Stuttg.) Stuttgart, 14. Febr. Die Württ. Bankanstalt wird ihr Grundkapital von 20 auf 40 Millionen Mark erhöhen. Den Aktionären sollen die neuen Aktien im Verhältnis von 5:3 zum Kurs von 180 Prozent plus 20 Prozent Spehen zum Bezug angeboten werden.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Otto Seilmann, Galm. Druck und Verlag der W. Zeitungsverlagsgesellschaft, Galm.

Stadtgemeinde Calw.
Am 8. März ds. Js. beginnt in der Mädchenschule ein
Säuglings- und Kleinkinderpflegekurs.
Unterrichtszeit: voraussichtlich abends von 7-10 Uhr,
ferner ein


Fröbel-Kurs,

in dem Müttern und ungen Mädchen Anleitung zu kinder-
gärtnerischer Beschäftigung von Kindern bis zu 7 Jahren
erleitet wird. Unterrichtszeit: voraussichtlich nachmittags
von 1/3 - 1/6 Uhr.
Kursdauer für beide Kurse etwa 14 Tage; Kursgeld
je 40 Mark. Anmeldungen nimmt die Bezirksleiterin
Fraulein Bauer (Badgasse bei Metzgermeister Schwauffer)
am 18., am 19. und am 25. Februar entgegen.

Calw, den 10. Februar 1922.

Stadtschultheißenamt: Ö h n e r.

Calw, 14. Februar 1922.
Statt jeder besonderen Mitteilung.
Todes-Anzeige.



Gott dem Allmächtigen hat es gefallen,
unsere unglückseligste gute

Helene

im Alter von 16 Jahren nach schwerem, mit
Gebild ertragendem Leiden, zu sich in die
ewige Heimat abzurufen.

In tiefer Trauer
Christian Hägele mit Familie.
Die Beerdigung findet am Donnerstag
mittag 3 Uhr statt.

Althengstett, den 14. Febr. 1922.
Todes-Anzeige.



Verwandten, Freunden und Bekannten
die schmerzliche Nachricht, daß mein lieber
Gatte, unser treubestorger Vater, Großvater,
Schwiegervater, Bruder und Schwager

Friedrich Weiß

Veteran von 1870-71

im Alter von 75 Jahren heute mittag sanft
in dem Herrn entschlafen ist.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen
Die Gattin Christiana Weiß.
Beerdigung Donnerstag nachmittag 2 Uhr.

Jüngerer Bursche oder Mädchen

findet sofort Beschäftigung
in der Druckerei dies. Blatt.

Vor der weiteren Verteuerung
lieferer ich noch

zu bekannt billigen Preisen

Militär-Schuhe

in guter Be-
schaffenheit mit
Doppelsonnen in jed. Größe pro Paar 120 Mk.
Infant. Schaftstiefel pro Paar 170 Mk.
rein wollene Militär-Mäntel 200 Mk.
guterhalt. Gummipeletinen 110 Mk.
neue amerik. Zellbahnen 200x 280 Mk.
180 cm

vorteilhaft zum Anfertigen von Mänteln, Anzügen,
Pelzetinen, Pferdebedecken usw.

Täglich eingehende Anerkennungs schreiben und Nach-
bestellungen. Behörden, Vereine, Arbeiterverbände,
Händler usw. Vorzugspreise. Versand franko. geg. Nachn.

Joh. Friedr. Niehammer,

Stuttgart 10, Augustenstr. 77.

ZUGVOGEL

SEIFE UND SEIFENDULVER
**DAS BESTE
FÜR DIE WÄSCHE**
ÜBERALL ERHÄLTLICHT



Gideol-Werke
Horb a. N.
Lager und Büro - Stuttgart
Königstr. 33.

Ein Paar
Lederhandschuhe
mit Wollmanschetten
verloren.
Der ehrliche Finder wird
gebeten, dieselben gegen gute
Belohnung abzugeben bei
W. Pfieler, Rentheim.

Husten, Atemnot.
Berschiebung
Schreibe allen Leidenden
gerne umsonst, womit ich mich
von meinem schweren Lun-
genleiden selbst befreite.
Frau Kürschner, Hannover
E 50, Osterstraße 16

Bettmässen
Befreiung sofort. Alter
u. Geschlecht angeben.
Ausk. um. Bergmo-
geschicht A. Bente-
rieder, München 17,
Frundsbergstr. 23.

Suche zu möglichst baldig.
Eintritt für Küche und Haus
erfahrenes

Mädchen

zu zwei Personen.
Angebot an
Frau Geheimrat Boehm,
Bad Liebenzell.

Ge sucht
geordnetes, junges

Mädchen

für etliche Stunden täglich
auf zwei Monate bei guter
Bekleidung.

Zu erfragen in der Ge-
schäftsstelle dieses Blattes.

Suche auf 1. oder 15. März

Röchin

und pünktliches
Zimmermädchen
welches nähen und
bügeln kann.
Frau Dr. Büllmann,
Heidenheim a. Br.

Schreibmaschine

zu leihen gesucht.
Gefl. Angebote unter G.
E. 38 an die Geschäftsstelle
dieses Blattes.

Am Donnerstag, den 16.
ds. Mts. vorm. 10 Uhr
verkauft 4 Paar schöne

Milchschweine



Ernst Laugmann
Wörlingen.

Althengstett.
Verkaufe eine

Schaff-Kuh samt Kalb



G. Niehammer.

Gehingen a. N. Calw.



Nadelstamm- holz-Verkauf.

Aus dem Gemeinewald Birkwald, Heiligenwald, Richte,
Trauf und Hochrain kommen im schriftlichen Auftrage zum
Verkauf:
261 Tannen, 85 Fichten und 16 Forchen
mit Festmeter:
Langholz: 18 I., 105 II., 84 III., 52 IV., 40 V.,
4 VI. Klasse;
Sägholz: 2 I., 7 II. und 1 III. Klasse.

Die unerschriebenen Angebote, in ganzen Prozenten
der marktlichen Taxpreise von 1922 ausgedrückt, sind ver-
schlossen und mit der Aufschrift „Angebot auf Stammholz“
bis Mittwoch, den 22. Februar ds. Js., nachmittags
2 Uhr beim Schultheißenamt einzureichen. Ueber den Zu-
schlag wird sofort Bescheid erteilt. Losverzeichnisse von
Förster Vier hier erhältlich.

Gemeinderat: Vorst. Schmidt.

Begabter und aufgeweckter Junge mit guter Schulbildung als Lehrling gesucht.

Angebote an Carl Herzog, Eisenhdlg., Calw.

Biehverkauf.

Auswahl unter 25 Stück.
Von kommenden Freitag, den 17. ds.
Mts., vormittags 8 Uhr ab steht in
meiner Stallung in Wildberg
ein sehr großer Transport
erstklassiger hochträgiger

Schaff- kalbinnen, Milchkühe und hochträgiger Rühr, sowie schönes Jungvieh



zum Verkauf, wozu Kauf- und Tausch-
liebhaber freundlichst einladet

Hermann Hopfer,

Wildberg.

Das „Calwer Tagblatt“ kann jederzeit bestellt werden.

Betreff:
Neue Mehl- und Brotpreise.

Gemäß Verordnung der Reichsregierung hat die
Reichsgereidestelle mit Wirkung ab 16. Februar ds. Js.
die Mehlpreise bedeutend erhöht.

Im Einvernehmen mit der Würtbg. Landesgetreide-
stelle in Stuttgart und dem Ernährungsausschuß für den
Bezirk Calw werden ab 16. Februar 1922 folgende
Preise festgesetzt:

Einkaufspreis für Bäcker und Händler:

1 Sack (100 Kg.) 70% Weizenmehl (Krankenmehl) Mk. 785.—
1 " " 85% " " " " " Mk. 715.—
1 " " 85% Roggenmehl " " 675.—

Kleinhandelspreise:

1 Kg. Krankenmehl " " " " " Mk. 8.70
1 Kg. Weizenmehl " " " " " Mk. 7.95
1 Kg. Roggenmehl " " " " " Mk. 7.55

Brotpreise:

Für 1 Laib Hausbrot zusammengezetzt aus 1/2
Weizenmehl und 1/2 Roggenmehl

von 1000 Gramm " " " " " Mk. 6.40
von 500 Gramm " " " " " Mk. 3.20

Calw, den 14. Februar 1922.

Kommunalverband Oberammann Ö s.

Freie Bäcker-Innung Calw und Umgebung.

Die Innung ist infolge der gegenwärtigen Verhältnisse,
insbesondere wegen des verheerenden Lebensunterhalts, sowie
der enorm gestiegenen Holz-, Kohlen- und Viehpreise genötigt

ab 16. Februar folgende Preise festzusetzen:

für Kleinbrotwerk, Wecken, Milchbrot, Laugen- brot, Tafelbrot das Stück 70 Pfg.
1 weißes Laible " " " " " Mk. 6.—
1 Kg markenreines Schwarzbrot " " " " " Mk. 8.50
1 Pfd. Weizenmehl " " " " " Mk. 7.20
1 Pfd. Roggenmehl " " " " " Mk. 6.—

Ferner für das Herstellen und Baden vom
Bäcker 4 Pfd.-Brot (Heje gir) Mk. 1.50;
für das Baden von Vieh 1 rundes Blech mit
dünnem Belag 80 Pfg.
1 langes Blech Mk. 1.20,
1 dicker Kuchen oder Laib bis 4 Pfd. Mk. 1.—,
Mehrgewicht dementsprechend mehr.

Der Ausschuß.

Briefmarken.

Wir kaufen alle Arten Württ. Kreuzermarken
zu hohen Preisen. Wir empfehlen, alle Aktien
und Archive daraufhin durchzugehen und uns An-
gebote evtl. Anfrügendung zu machen.
Ferner kaufen wir alle Alt Deutschland und
Alt Europa in feiner Erhaltung, sowie gute

Sammlungen.

Angebote, die sofort erledigt werden an

Schumacher & Salzer,

Stuttgart, Königstraße 35.



Es ist nicht notwendig,
den jeweiligen Viertel-
jahrswechsel abzuwarten
um das Calwer Tagblatt
dann zu bestellen, nein,
täglich nehmen unsere
Austreger, unsere Ge-
schäftsstelle, die Post-
ämter und Poststellen im
Bezirk Bestellungen auf
unsere Zeitung entgegen!

Eine Milch-

Ruh

setzt dem Verkauf aus.
Hafelmaier, Glasmühle,
Post Leinach.

Pforzheim - Brödingen.
Ein Paar Zug-Ochsen



ca. 25 Jhr. jähwer, hat zu
verkauften.
Johann Eberle
Erfingerstraße 29.